

Baut Wohnungen!

Deutschland braucht jetzt nichts dringender als eine Offensive beim Bau bezahlbarer Wohnungen. Angesichts des großen Zuzugs von Flüchtlingen fordern DGB und Gewerkschaften: Handelt jetzt! Und handelt schnell!

Wohnungsmisere. 400 000 Wohnungen müssten jedes Jahr gebaut werden, damit in Deutschland nicht eine massive Wohnungsnot entsteht. Mindestens 400 000. Und das Wort „mindestens“ wird mit jedem Tag größer, an dem weitere Flüchtlinge ins Land kommen. „Wir stehen hier vor einer riesigen Herausforderung“, sagt Stefan Körzell, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB. „Wir dürfen nicht zulassen, dass es jetzt zu einem Verteilungskampf um günstigen Wohnraum kommt“, erklärt er.

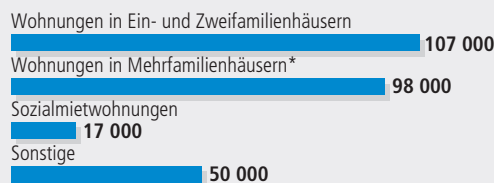
Wie dringend bezahlbarer Wohnraum gebraucht wird, zeigt ein Blick auf aktuelle Zahlen für den sozialen Wohnungsbau. Maximal 17 000 Sozialwohnungen werden in diesem Jahr gebaut, erwartet Matthias Günther, Wohnungsbauexperte am Pestel-Institut in Hannover – und diese Zahl sei schon optimistisch. Zugleich fallen jedes Jahr 60 000 bis 70 000 Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung. Allein um diesen Wegfall an günstigen Wohnungen auszugleichen, müssten jedes Jahr mindestens 80 000 Sozialwohnungen gebaut werden. Jahrelang hat die Bundesregierung das Thema Wohnungsbau vernachlässigt – das rächt sich jetzt.

Was an Wohnungen gebaut wird, ist mittlerweile fast alles hochpreisig. „Unter 10 Euro pro Quadratmeter ist da meist nichts mehr zu machen“, meint Experte Günther. In den Ballungszentren explodieren die Preise. NormalverdienerInnen mit Familie können dort keine neue Wohnung mehr mieten. Das Verbändebündnis Sozialer Wohnungsbau fordert deshalb neben einer Offensive im sozialen Wohnungsbau ein zusätzliches Programm für bezahlbaren Wohnraum. Jährlich müssten 60 000 Wohnungen mit einem Mietpreis um die 7,50 Euro pro Quadratmeter gebaut werden.

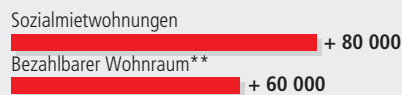
Der Wohnungsmangel ist auch eine Herausforderung für die Haushaltspolitik des Bundes. „Wolfgang Schäuble kann jetzt nicht einfach so weiter machen wie bisher“, sagt Robert Feiger, Vorsitzender der IG BAU. „Eine Schuldenbremse passt überhaupt nicht mehr in die Zeit.“ Geld muss in den Wohnungsbau fließen. Doch gerade einmal 500 Millionen Euro hat die Bundesregierung für den sozialen Wohnungsbau zugesagt. „Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein“, kritisiert Feiger. „Ich finde das unerträglich.“ Der Bau von Wohnungen brauche zudem Zeit. „Deshalb müssen die Weichen jetzt umso entschiedener gestellt werden.“ Der DGB fordert unter anderem bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Investoren. ●

Bezahlbare Bleibe gesucht

So viele Wohnungen werden 2015 gebaut



So viele Wohnungen müssten 2016 **zusätzlich** gebaut werden



*hochpreisige Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen
**als Richtwert gilt eine Miete von ca. 7,50 Euro pro Quadratmeter
Quelle: Pestel-Institut

Um die Wohnungsmisere zu bekämpfen, braucht Deutschland ein ambitioniertes Wohnungsbauprogramm für bezahlbare Wohnungen.

● INHALT

- 2 CETA**
Neu verhandeln
- 3 Gewerkschaftstag**
IG Metall will mehr
- 7 Digitalisierung**
Muss gestaltet werden

Praxistest

Mitbestimmung. Im Rahmen der „Offensive Mitbestimmung“ von DGB und Gewerkschaften hat der DGB ein erstes Diskussionspapier mit Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Mitbestimmung vorgelegt. Reformen sind dringend nötig, da sich die Herausforderungen für Betriebs-, Personal- und Aufsichtsräte in den vergangenen Jahren massiv geändert haben. Der vorgelegte Forderungskatalog soll nun mit betrieblichen, gewerkschaftlichen und politischen PraktikerInnen diskutiert werden. Ein solcher „Praxistest“ sei von zentraler Bedeutung für „unsere Forderungen an die nächste Bundesregierung und den Gesetzgeber“, so der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Mit den Erfahrungen aus der Praxis „werden wir in der Lage sein, die Mitbestimmung weiterzuentwickeln – damit wir die Arbeit der Zukunft gestalten können“. ●

| www.dgb.de/-/Ot6

— ● PLUS/MINUS —

+ Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Ernst Dieter Rossmann**, begrüßt „die DGB-Forderung nach einer Reformkommission Bildung“. Die Gründung einer solchen Kommission sei „ein erster wichtiger Schritt“.

– „Die vorläufige Bilanz ist ausgesprochen positiv“, urteilen die bildungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, **Albert Rupprecht** (CSU) und **Xaver Jung** (CDU), über die 2008 gestartete Qualifizierungsoffensive für Deutschland.

— ● IM NETZ —

www.einblick.dgb.de
Bezahlbarer Wohnraum: Fakten und Forderungen von DGB und Gewerkschaften

CETA: Chance für neue Verhandlungen

Freihandel. Nach dem Wahlsieg des linksliberalen Justin Trudeau in Kanada erwarten die Gewerkschaften, dass CETA neu verhandelt wird. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann und sein kanadischer Kollege Hassan Yussuf, Vorsitzender des Canadian Labour Congress (CLC), appellieren an die Regierungen ihrer Länder, CETA in seiner jetzigen Form nicht zu ratifizieren. Die beiden Gewerkschaftsführer erwarten ein „faires Abkommen“, das „menschwürdige Arbeit“ sichert, „die Umwelt und das Klima schützt“ sowie „Verbraucherinteressen Vorrang einräumt vor den Interessen der Konzerne“. Die Kritik an dem Freihandelsabkommen richtet sich vor allem auf den fehlenden – und nicht einklagbaren – Schutz von Arbeitnehmerrechten. Für CETA gilt zudem noch das Klagerecht der Investoren (ISDS), das gerade für das umstrittene

Abkommen TTIP überdacht wird. Der Investorenschutz müsse gestrichen werden, heißt es in der gemeinsamen Erklärung. Darüber hinaus kritisieren die beiden Vorsitzenden, dass „öffentliche Dienstleistungen und das Allgemeinwohl nur unzureichend vor Wirtschaftsinteressen“ geschützt sind. Auch der Regulierungsrat, der Unternehmen und Lobbygruppen Vorabinformationen sichert, ist bei CETA bereits fest vereinbart.

Das Freihandelsabkommen mit Kanada ist faktisch unterschrittsreif. Die Gewerkschaften hatten bei der Großdemonstration im Oktober in Berlin nicht nur das Abkommen der EU mit den USA (TTIP) im Blick. CETA, das von Seiten der EU und Kanada als ausverhandelt gilt, könnte die Blaupause für alle kritischen Punkte liefern, die bei TTIP zu massiver Ablehnung führen. ●

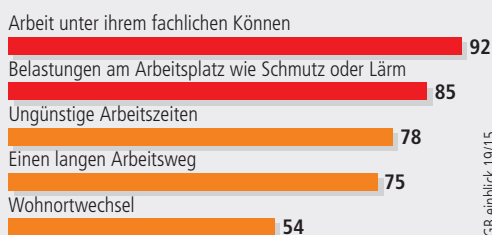
! www.dgb.de/-/OfI

Auf Jobsuche

Aufstocker. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stellt in seinem aktuellen Arbeitsmarktbericht fest, dass Menschen, die ihr Erwerbseinkommen durch Hartz-IV-Leistungen ergänzen müssen, nicht nur unter ihrem geringen Einkommen leiden. Oft würden sie gern mehr arbeiten. Gut zwei Drittel ist weniger als 22 Stunden pro Woche beschäftigt, 39 Prozent unter elf. Aufstocker suchen häufiger nach einem neuen Job als andere NiedriglohnbezieherInnen, stellt das IAB fest. Ihre Bereitschaft, mehr Belastungen für einen neuen Job in Kauf zu nehmen, sei höher. Einen Großteil der arbeitssuchenden Aufstocker stellen MinijobberInnen. Ein Wechsel in einen besseren Job scheitert häufig, so das IAB, an fehlender Kinderbetreuung oder mangelnden Deutschkenntnissen. ●

Nachteile werden in Kauf genommen

Verschlechterungen, die arbeitssuchende Hartz-IV-Aufstocker bereit sind, für eine existenzsichernde Arbeit in Kauf zu nehmen (Anteile der Befragten in Prozent)



Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2015

Wer zusätzlich zum Einkommen Hartz-IV benötigt, um seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können, würde gerne den Arbeitsplatz wechseln – auch zu schlechteren Bedingungen.

Unterschrift erwünscht

Erbschaftssteuer. Die Gewerkschaften appellieren an die Bundesregierung, den jetzt vorliegenden Entwurf zur Reform der Erbschaftssteuer nicht umzusetzen (*einblick 18/2015*). Nach dem Gesetzentwurf soll auch in Zukunft vererbtes oder verschenktes Betriebsvermögen weitgehend von der Steuer befreit bleiben. Wer möchte, dass ein neues Gesetz auch tatsächlich dazu führt, dass sich die Superreichen an den staatlichen Aufgaben entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten beteiligen, sollte den Aufruf des DGB unterzeichnen. ●

! www.dgb.de/-/Oi4

Eingriff in die Tarifautonomie

Die EU-Kommission schlägt vor, nationale Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit in den Euro-Ländern einzurichten. Der DGB lehnt einen solchen Eingriff in die Tarifautonomie strikt ab. In einem Schreiben an die Kanzlerin fordern der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann und sein Vorstandskollege Stefan Körzell sie auf, deutlich zu erklären, dass „Deutschland keinen nationalen Ausschuss für Wettbewerbsfähigkeit einrichten wird“. Nach dem Vorschlag der Kommission, der bereits in dem Fünf-Präsidenten-Bericht (*einblick 15/2015*) auftaucht, sollen die Ausschüsse die Wettbewerbsfähigkeit überwachen. Dazu gehört auch die Entwicklung der Arbeitskosten. Die Ergebnisse dieser angeblich unabhängigen Experten sollen in den Tarifverhandlungen berücksichtigt werden. Nicht nur der DGB argwöhnt, dass nach diesem Vorschlag die Einkommen der Beschäftigten als „reiner Kostenfaktor“ betrachtet werden. Der EGB hat bereits in einem Schreiben an Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker klargestellt, dass solche Ausschüsse die Tarifautonomie verletzen. Die BDA fürchtet ebenfalls eine „indirekte Beeinflussung“ der Tarifverhandlungen, heißt es in einem Bericht der FAZ. ! www.einblick.dgb.de/hintergrund

Soziale Schieflage

Bildung. Von der „Bildungsrepublik“, die vor sieben Jahren auf dem Gipfel in Dresden von der Bundesregierung versprochen wurde, ist das Land weit entfernt. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack stellt fest, dass „gemessen an den Versprechen von damals Jahr für Jahr 23,5 Milliarden Euro zu wenig für Bildung ausgegeben“ werden. Das größte Problem bleibe die „soziale Schieflage“. Noch immer habe das Kind eines Akademikers eine dreimal größere Chance als ein Arbeiterkind, das Gymnasium zu besuchen.

Mit rund sieben Millionen funktionalen Analphabeten und 14 Prozent Jugendlicher, die keine abgeschlossene Ausbildung haben, sowie jährlich 45 000 SchulabgängerInnen ohne Abschluss, ist die Bilanz der „Bildungsrepublik“ ernüchternd. Der DGB fordert, dass Bund und Länder eine Reformkommission einrichten und gemeinsam mit Kommunen und Sozialpartnern eine Bildungsstrategie erarbeiten. ●

! www.dgb.de/-/Id7

TELEGRAMM

Steuervorteile, die nicht gerechtfertigt waren, registrierte die EU-Kommission bei der Luxemburger Fiat-Tochter Finance and Trade sowie beim Kaffeeröster Starbucks in den Niederlanden. Der Verstoß gegen die EU-Beihilfevorschriften bedeutet für jede der beiden Firmen Nachzahlungen zwischen 20 und 30 Millionen Euro.

Betriebsräte nach deutschem Vorbild gibt es ab Januar kommenden Jahres in Luxemburg. Künftig kann dort in jedem Betrieb ab 15 Beschäftigten ein Betriebsrat gegründet werden. Abgeschafft wird damit das frühere System nach belgischem Muster, das eine paritätische Kommission aus Arbeitgeber- und ArbeitnehmervertreterInnen für Unternehmen mit mindestens 150 Beschäftigten vorsieht.

Lernen im Ausland können nicht nur Studierende. Das europäische Erasmus-Programm bietet Auszubildenden die Chance, Auslandspraktika zu machen. Informationen gibt es über NABiBB, dem Internetangebot des Bundesinstituts für Berufsbildung.

! www.na-bibb.de

IG Metall will mehr

Jörg Hofmann, der neue Erste Vorsitzende der IG Metall, geht ambitioniert ans Werk. Er will Mitglieder gewinnen, die Tarifbindung messbar erhöhen und die Hoheit über die Arbeitszeit zurückgewinnen.

Gewerkschaftstag. Neue Führungsspitze, frische Ambitionen: Die IG Metall hat sich auf ihrem 23. Ordentlichen Gewerkschaftstag in Frankfurt am Main große Ziele gesetzt. So will der neue Vorsitzende Jörg Hofmann die Zahl der Neuaufnahmen weiter steigern. „Ich sage bewusst, es geht um ein Mehr, nicht um den Erhalt des Status Quo – der reicht langfristig nicht aus, um die heutige Stärke zu halten“, erklärte Hofmann in seinem Grundsatzreferat. Diese Stärke sei „zwingend, um tarifmächtig zu bleiben“. Die IG Metall hat auch dank Hofmanns Vorgänger Detlef Wetzels die Mitgliederzahl in den vergangenen fünf Jahren positiv entwickeln können. Wetzels war unter anderem wegen seiner Verdienste um die Mitgliederentwicklung an die Spitze der Gewerkschaft gerückt.

Hofmann will Wetzels Weg weitergehen. Er sieht Mitgliederstärke als „Voraussetzung für ein Mehr an Tarifbindung“. Sie sei im Organisationsbereich der IG Metall seit Anfang der 90er-Jahre gesunken, von mehr als 70 auf gut 50 Prozent – mit üblen Folgen, etwa für Verdienste und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in ein- und derselben Wertschöpfungskette. Hofmann nannte das Beispiel eines Materialversorgers, der zwischen 8,50 und 15,70 je Stunde verdiene, je nachdem, ob er Werkvertragsunternehmer, Leiharbeiter oder tariflich beschäftigter Arbeitnehmer sei.

Tarifbindung sei deshalb zu einer Gerechtigkeitsfrage geworden. „Die IG Metall stellt sich der Verantwortung, nachvollziehbar und abrechenbar, Jahr für Jahr die Tarifbindung von Betrieben und Beschäftigten zu erhöhen“, kündigte Hofmann an. Die Gewerkschaft sei stark genug, um auch neue Branchen zu erschließen, etwa in der Windkraft, bei Start-ups oder in der Arbeit

mit Solo-Selbstständigen. Für „langfristige und großvolumige Erschließungsprojekte“ will die IG Metall den Betrieben 190 Millionen Euro in den kommenden neun Jahren zur Verfügung stellen.

Ein gewinnendes Thema sieht die neue IG Metall-Spitze in der Debatte um Arbeitszeit. Die 35-Stunden-Woche, erklärte Hofmann, „gilt längst nicht für alle“. Und wenn, dann gelte sie „nicht für alle gleich“. Die Arbeitszeitpolitik habe sich vielfältig und oft ungesteuert entwickelt. „Die betriebliche Handlungshoheit über die Arbeitszeitpolitik ist uns in vielen Betrieben verloren gegangen.“ Die tatsächlich geleistete Arbeit steige an, und vielerorts verfielen zusätzlich geleistete Stunden. Hofmann kündigte deshalb eine Arbeitszeitkampagne an. Es gehe um die „Rückgewinnung der gewerkschaftlichen und der persönlichen Souveränität im Umgang mit der Zeit“.

Unterschiedlicher Lohn für gleiche Arbeit

Stundenlöhne von Materialversorgern in der Metall- und Elektrobranche je nach Arbeitsverhältnis (in Euro)

Stammebelegschaft/ Tarif Metall- und Elektroindustrie	15,70
Leiharbeiter Metall- und Elektroindustrie (nach 9 Monaten)	13,70
Werkvertragsunternehmen mit Tarifbindung	11,79
Werkvertragsunternehmen ohne Tarifbindung	8,50*

*gesetzlicher Mindestlohn

Quelle: IG Metall

© DGB einblick 19/15

Das Entgelt für die gleiche Tätigkeit kann erheblich variieren – je nachdem, wie das Arbeitsverhältnis ausgestaltet ist. Die IG Metall will deshalb die Tarifbindung in ihren Branchen erhöhen – und sich auch daran messen lassen.

+++ Die IG Metall wächst – „am stärksten bei Angestellten und jungen Menschen, und erneut bei den Frauen“, erklärte Christiane Benner, neue Zweite Vorsitzende, auf dem Gewerkschaftstag. Auch unter den Beschäftigten ohne deutschen Pass und bei Azubis gebe es Mitgliederzuwächse. Insgesamt werde die IG Metall **bunter und vielfältiger**. **+++** Besonders erfolgreich bei der Werbung ist das **Studierendenprojekt**. 2012 hatte die IG Metall knapp 12 000 studentische Mitglieder, heute sind es 30 000. Die IG Metall will deshalb das Projekt ausbauen. **+++** Das gilt auch für die Vernetzung und Interessenvertretung der sogenannten **Crowdworker**. Um sie voranzutreiben, hat die IG Metall am 1. Mai ihre Internetseite www.faircrowdwork.org freigeschaltet. „Sie ist der erste Schritt, um Arbeit im Internet fair zu gestalten“, so Benner. Der IG Metall sei es gelungen, dass einige Crowdsourcing-Plattformen, die im Internet Arbeit an Soloselbstständige vermitteln, eine Selbstverpflichtung für faire Arbeit unterschrieben haben. **+++** Die neue Vielfalt spiegelt sich nun auch in der Satzung wider: Künftig können auch **Solo-Selbstständige** und **SchülerInnen an berufsbildenden Schulen** Mitglied werden.

Akzente für die Zukunft

Beschlüsse. Mehr Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit, Reformen bei der Alterssicherung sowie gute Arbeit auch für Werkvertragsbeschäftigte – das sind die Schwerpunkte der IG Metall in den nächsten vier Jahren. Ein neues Leitbild der Arbeitszeit ist notwendig, darin waren sich die 485 Delegierten einig. Die IG Metall wird dazu eine Kampagne starten. Arbeitszeiten sollten sich nach den Menschen richten, Beschäftigte bräuchten mehr selbstbestimmte Flexibilität, um Arbeit und Privatleben zu vereinbaren.

Verstärkt werden soll die Kampagne gegen den Missbrauch von Werkverträgen. Die IG Metall sieht es außerdem als eine ihrer zentralen Aufgaben an, die Tarifbindung insgesamt zu stärken. Die Delegierten forderten ebenso eine Reform des Berufsbildungsgesetzes wie Reformen bei der Alterssicherung. Knackpunkt sei das Rentenniveau. Bis zum Jahr 2030 soll es auf 43 Prozent sinken. Selbst langjährig Versicherte geraten so in die Nähe der Armutsgrenze von derzeit 970 Euro. Die IG Metall will das nicht hinnehmen und setzt ihre Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente“ fort.



Foto: IG Metall / Frank Rumpenhorst

Flüchtlinge willkommen: Die IG Metall setzt sich aktiv für eine solidarische und nachhaltige Flüchtlings- und Integrationspolitik ein. Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration sei der schnelle Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt, heißt es in der Erklärung „Für eine solidarische Flüchtlingspolitik“, die in Frankfurt beschlossen wurde.

● IM NETZ

www.igm-gewerkschaftstag-2015.de

Das Portal zum 23. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall: Alle Beschlüsse, Reden, Tagesprotokolle, Filme und Interviews

FAIRE WERBEMITTEL

FAIR FÜR MENSCH UND UMWELT

Unter der Marke fair4us führen wir Artikel aus fairen Produktionsketten:

- Taschen und Caps aus zertifizierter Fairtrade Bio-Baumwolle
- Ökologische Produkte, wie z.B. Kugelschreiber aus abbaubaren Materialien, Taschenlampen mit Dynamo-Funktion und verschiedene Recycling-Produkte
- Handgefertigte Unikate aus der Produktion sozialer Einrichtungen
- „Made in Germany“-Produkte: für exzellente Qualität und kurze Transportwege



Mehr Artikel gibt es in unserem Online-Shop:

www.fair4us.de

Willkommen an der Küste

Flüchtlinge. Im IG Metall-Bezirk Küste sind zahlreiche Mitglieder und Beschäftigte der IG Metall in der Flüchtlingshilfe aktiv – nachzulesen unter dem Hashtag #IGMetallhilft. Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Afrika traten als „Team Welcome Wismar“ gemeinsam beim Fußballturnier der IG Metall-Jugend Wismar gegen Betriebsmannschaften an.



Foto: IG Metall Küste

Dank zahlreicher Spenden konnten die Vertrauensleute von ThyssenKrupp Marine Systems einen Transporter der Werksfeuerwehr mit Hygieneartikel für die Flüchtlinge füllen.

Fußball verbindet – und so feierte man am Ende den Erfolg gemeinsam. Das Team Wismar gewann das Finale mit 1:0 gegen die Mannschaft des Autozulieferers Lear.

Ob in Bremen, wo aktive Metaller gemeinsam mit ihren Arbeitgebern Sprachkurse oder Betriebsführungen für Flüchtlinge planen und über Patenschaften nachdenken, oder in Kiel-Neumünster, wo Koffer gesammelt und zur Erstaufnahmestelle gebracht wurden: Die Hilfsbereitschaft ist überall groß. Auch die Beschäftigten der IG Metall Küste sammelten während einer Tagung in Rostock. Von den Spenden wurden Turnschuhe für GrundschülerInnen gekauft, die in Rostock zum Schulbeginn dringend benötigt wurden. „Mit solchen Aktionen stellen wir uns auch den Rechtsradikalen entgegen“, so Bezirksleiter Meinhard Geiken. Und: „Jede und jeder sollte sich fragen, wie sie oder er konkret helfen kann.“ ●

#Winteraid

Der IGB, die britische Kommunikationsgewerkschaft CWU und ihre Wohltätigkeitsorganisation CWUHA haben einen Truck, vollgepackt mit Kleidung, Babysachen und Hygieneartikel von Birmingham aus gestartet, um die in der Türkei gestrandeten Flüchtlinge mit dringend benötigten Hilfsmitteln für den Winter zu unterstützen. An den Stopps auf dem Weg in die Türkei, ob in Calais, Nürnberg, Salzburg oder Ljubljana, hatten IGB-Mitgliedsgewerkschaften die Chance, mit Aktionen ihre Solidarität mit den Flüchtlingen, aber auch mit den türkischen GewerkschafterInnen zu zeigen. David Norton vom IGB berichtet online über den Hilfskonvoi: #Winteraid

● BUCHTIPP



Daniel Bax: Angst ums Abendland. Warum wir uns nicht vor Muslimen, sondern vor den Islamfeinden fürchten sollten, Westend Verlag 2015, 288 Seiten, 17,99 Euro.

AfD, Pegida und Co. nutzen den Zustrom der Flüchtlinge und die verbreitete Abneigung gegen alles Fremde für ihre Zwecke. Die Geflüchteten aus den eher vom Islam geprägten Weltregionen kommen gerade recht, um das Zerrbild eines Europas zu zeichnen, das von einem konservativen Islam beherrscht zu werden droht. Daniel Bax beschreibt, warum man mehr Angst vor den Phobien „besorgter Bürger“ als vor den Zuwanderern haben muss. Die Bedrohung von Demokratie und Meinungsfreiheit habe ihre Wurzeln eher in der Mitte unserer eigenen Gesellschaft denn im Auftreten von Minderheiten.



Gewerkschaftliche
Unterstützungseinrichtung
der DGB-Gewerkschaften

Kritischer Journalismus ausgezeichnet

Zum 11. Mal zeichnet die Otto-Brenner-Stiftung am 17. November 2015 in Berlin Journalisten für kritischen Journalismus aus. Der mit 10 000 Euro dotierte Preis geht in diesem Jahr an den Kriegsreporter **Ashwin Raman** für seine beeindruckende Dokumentation „Das 13. Jahr – Der verlorene Krieg in Afghanistan“. Raman habe „auf schwierigem Terrain Mut, großes Engagement und Beharrlichkeit“ gezeigt. Der 2. Preis, dotiert mit 5000 Euro, geht an **Silja Kummer** für ihre Artikelserie in der *Heidenheimer Zeitung*. Die Autorin beschreibt, wie die Städte Heidenheim, Aalen und Schwäbisch Gmünd mit einem „Cross-Border-Leasing“ unkalkulierbare finanzielle Risiken eingingen. Die Kommunen hatten ihre Abwasseranlagen einem US-Investor überschrieben. Das Fazit der Jury: „Lokaljournalismus, wie es ihn besser kaum geben kann.“ Mit dem 3. Preis (3000 Euro) wird die WDR/SWR-Reportage „Der verkaufte Fußball – Sepp Blatter und die Macht der FIFA“ geehrt. **Jochen Leufgens, Robert Kempe, Florian Bauer und Daniel Hechler** haben nach Einschätzung der Jury „meisterlich recherchiert“. Der griechische Filmemacher **Yorgos Avgeropoulos** erhält den „Spezial“-Preis (10 000 Euro) für seine Dokumentation „Agorá – Von der Demokratie zum Markt“. Den Newcomer-Preis (2000 Euro) erhält die *Tagesspiegel*-Redakteurin **Elisa Simantke** für ihren Beitrag „Europoly – Privatisierung unter der Troika.“ Ein „atemberaubender Wirtschaftskrimi“ über die Privatisierung in Griechenland, lobt die Jury. | www.otto-brenner-preis.de

● INTERREGIO

Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB NRW, forderte den Landtag anlässlich der Haushaltsdebatte auf, nicht beim Personal zu sparen: „Wir setzen uns für einen öffentlichen Dienst ein, der den Herausforderungen der Zukunft kompetent begegnen kann. In vielen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur, bei Bildung und anderen öffentlichen Aufgaben gibt es erheblichen öffentlichen Investitionsbedarf.“ Es sei ein schwerer Fehler gewesen, dass in der Vergangenheit in allen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge Personal abgebaut und nicht neu eingestellt wurde.

Zusammen mit den Mitgliedsgegewerkschaften des öffentlichen Dienstes, ver.di, GEW und GdP, appelliert der DGB Niedersachsen an die Landesregierung, die Rechte der Personalräte in Niedersachsen zu stärken. Die geplanten Änderungen des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes (NPersVG) gingen nicht weit genug. Lea Arnold, Leiterin der Abteilung Beamte/Öffentlicher Dienst beim DGB-Bezirk, erklärt: „Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht nur unzureichende Verbesserungen gegenüber bisherigen Regelungen vor. An zentralen Stellen aber versäumt es Rot-Grün, moderne Mitbestimmung von Personalräten bei Land und Kommunen zu ermöglichen.“

Jugendseminare

Programm 2016. DGB-Jugend und DGB-Bildungswerk bieten ein maßgeschneidertes Seminarprogramm in den Bereichen Gremienkompetenz, TeamerInnen-Qualifikation, Gesellschaftspolitik, Internationales, Berufsschul- und Studierendenarbeit. Es richtet sich an Aktive in der Gewerkschaftsjugend. ●

| www.bit.ly/jubi2016

Mama streikt

Bilderbuch. Die IG Metall Küste bringt gewerkschaftliches Engagement ins Kinderzimmer. Unter dem Titel „Carla, Fabio und Mama streiken“ ist im Carlsen-Verlag ein Pixi-Bilderbuch erschienen, das Kindern Konflikte im Arbeitsleben erklärt. Es geht um eine Familie, die unter den starren Arbeitszeiten der Eltern leidet. Doch Streik und Demonstrationen führen zur Lösung: Mama darf künftig später anfangen und kann dann für Carla und Fabio Frühstück machen. ●

| www.igmetall-kueste.de

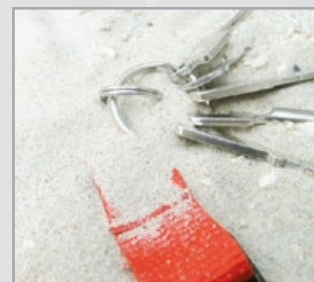


Die Unterstützungseinrichtung der DGB-Gewerkschaften mit 8 Topleistungen

Seit mehr als 100 Jahren schützt die GUV/FAKULTA ihre Mitglieder vor den finanziellen Risiken, die sich bei der täglichen Arbeit ergeben.

In den vergangenen 10 Jahren haben mehr als 30.000 Mitglieder Leistungen von der GUV/FAKULTA erhalten. Dabei schützt die GUV/FAKULTA nicht nur beim beruflichen Fahren, Transportieren oder im sonstigen Arbeitsalltag. Auch der tägliche Arbeitsweg und die Wege zu Gewerkschaftsveranstaltungen stehen unter dem Schutz der GUV/FAKULTA.

Beispiele für Schutz und Hilfe



Kollege K. verlor seinen Dienstschlüssel. Diverse Schlösser mussten ausgetauscht werden. Der Arbeitgeber nahm den Kollegen mit 2.400 Euro in Regress.

Die GUV/FAKULTA zahlte 2.328 Euro Schadenersatzbeihilfe.



— • KURZ & BÜNDIG —

BCE Der durch die geplante Stilllegung von Braunkohlekraftwerken verursachte Arbeitsplatzabbau darf nicht zu Entlassungen führen, fordert die IG BCE. Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis betont: „Wir erwarten, dass das Prinzip der Sozialverträglichkeit nirgends in Frage gestellt wird. Es bleibt dabei: Niemand fällt ins Bergfreie.“ Regionale Programme seien notwendig, um den Verlust von Arbeitsplätzen zu kompensieren.

NGG Die NGG-Vorsitzende Michaela Rosenberger hat Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) aufgefordert, der Übernahme von Kaiser's Tengelmann durch Edeka nicht zuzustimmen. Mit der Übernahme würde die Marktmacht von Edeka weiter wachsen. Zudem habe Edeka in Aussicht gestellt, nach der Übernahme mehrere Fleischwerke zu schließen.

ver.di ver.di kritisiert den Entwurf des Bundesumweltministeriums für ein neues Wertstoffgesetz. Dieser gefährde die öffentliche Daseinsvorsorge, da die Sammlung, Sortierung und Verwertung der Wertstoffe künftig vollständig den privaten Systembetreibern übertragen werden soll. Die Rechte der Kommunen seien im vorliegenden Entwurf auf ein Rügerecht geschmälert.

GEW Die GEW hat die Bundesregierung aufgefordert, die für den Herbst 2016 geplante Erhöhung der BAföG-Leistungen vorzuziehen. Zudem müsse die Große Koalition das BAföG regelmäßig an die Preissteigerungen anpassen.

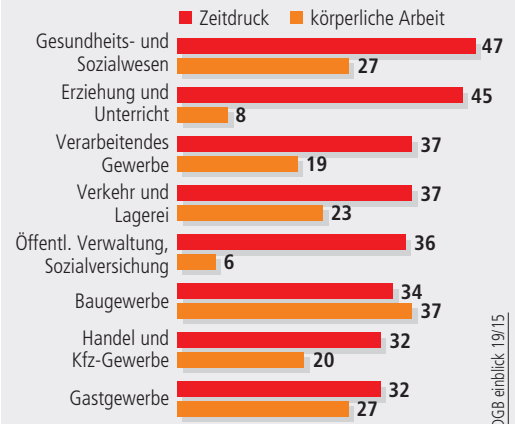
„Wir brauchen eine Antistresspolitik“

DGB-Index Gute Arbeit. Digitaler Wandel, flexiblere Arbeitsprozesse und Globalisierung verändern die Arbeitswelt rasant. Mehr Stress und enorm gestiegener Leistungsdruck sind die Folgen, wie der DGB-Index Gute Arbeit seit Jahren feststellt. Auch in der aktuellen Erhebung „Arbeitsbedingte Belastung und Beanspruchung“ sind die Zahlen eindeutig: Zwei Drittel der Beschäftigten sind durch Zeitdruck stark belastet. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach fordert: „Wir brauchen eine umfassende Antistresspolitik, um die psychischen Belastungen der Beschäftigten zu senken.“ Da die Arbeitgeber ohne verpflichtende Vorgaben ihrer Verantwortung nicht nachkämen, sei eine Anti-Stress-Verordnung notwendig. Dazu brauche es endlich überall Gefährdungsbeurteilungen, die auch psychische Belastungen umfassen: „Seit 2013 sind die Arbeitgeber dazu verpflichtet.“ Die Realität sehe anders aus: In nur knapp jedem vierten Betrieb liegen umfassende Gefährdungsbeurteilungen vor, kritisiert Buntenbach. ●

www.index-gute-arbeit.dgb.de/-/DcG

Beschäftigte unter Druck

Anteil der Beschäftigten in ausgewählten Branchen, die sich stark beansprucht fühlen, weil sie häufig unter Zeitdruck oder körperlich hart arbeiten müssen (in Prozent)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2015

In allen Branchen ist der Zeitdruck in den letzten Jahren enorm gestiegen.

— • NACHGEFRAGT —

Mit einer Fachkräftewoche haben die Sozialpartner und die Bundesregierung Ende Oktober für Maßnahmen zur Fachkräftesicherung geworben. Aus Sicht des DGB gehört dazu, Menschen ohne Berufsabschluss eine zweite Chance auf eine qualifizierte Ausbildung zu bieten. „Wie unterstützt die Bundesregierung Spätstarter?“, fragte einblick Anette Kramme, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium.



Foto: BMAS/Denzel

„Die bundesweite Fachkräftewoche steht unter dem Motto „In Deutschland steckt mehr“. Das gilt auch für Millionen Menschen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Auch in ihnen steckt viel mehr, manchmal mehr, als sie selbst wissen. Nicht jeder junge Mensch schafft es im ersten Anlauf, einen berufsqualifizierenden Abschluss zu erzielen. Manche haben Probleme in der Schule, anderen gelingt es nicht, die Ausbildung erfolgreich zu beenden. Die Folge: Die Betroffenen haben es schwer, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, oft bleiben ihnen nur gering bezahlte und wechselnde Jobs.

Deshalb haben das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Bundesagentur für Arbeit die gemeinsame Initiative „Erstausbildung junger Erwachsener“ ins Leben gerufen. Die Initiative richtet sich vor allem an junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren ohne Berufsabschluss. Wir wollen ihnen eine zweite Chance ermöglichen und sie für eine abschlussorientierte Qualifizierung gewinnen. Dabei geht es nicht nur um Arbeituchende. Die Initiative richtet sich ebenso an gering qualifizierte Beschäftigte ab 25, die bereits Arbeit haben. Denn auch für sie ist eine gute Ausbildung der Schlüssel, sich weiter zu entwickeln und ihre Berufs- und Aufstiegschancen zu verbessern.“

Kampf um Chattanooga

Volkswagen USA. Die amerikanische Autogewerkschaft UAW nimmt einen zweiten Anlauf, das Volkswagenwerk in Chattanooga gewerkschaftlich zu organisieren. Für Anfang November hat die UAW eine Gewerkschaftswahl im einzigen US-Werk von VW in den USA beantragt – zunächst allerdings nur für die Gruppe der Facharbeiter in der Instandsetzung. Nach US-Recht müssen Beschäftigte zunächst da-

rüber abstimmen, ob sie von einer Gewerkschaft vertreten werden wollen. Das gilt auch für einzelne Gruppen.

Der Antrag beim „National Labor Relations Board“, der zuständigen US-Behörde, bezieht sich auf 164 Arbeiter, das ist rund ein Zehntel der Arbeiter in der Produktion. Stimmen die betroffenen Beschäftigten mehrheitlich mit Ja, kann die UAW Tarifverträge für sie

aushandeln. Die erste Wahl im Februar 2014 hatte die UAW knapp verloren (einblick 04/14), nachdem konservative PolitikerInnen und die Anti-Gewerkschafts-Lobby massiv Stimmung gegen die Gewerkschaft gemacht hatten. Die Auseinandersetzung war weltweit mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden. VW wollte in Chattanooga einen Betriebsrat nach deutschem Modell installieren. ●



AUFKLEBER-AKTION

Gewerkschaft macht glücklich: Dieses fröhliche Statement gibt es auf Bögen mit je sechs

Aufklebern (Durchmesser

10 cm) und kostet drei Euro plus Versandkosten. Bestellungen unter:

www.bit.ly/aufkleber_glueck

Neues Betriebssystem für die Arbeitswelt

Die Digitalisierung der Arbeitswelt muss gestaltet werden, sagt Oliver Suchy, DGB-Experte für Arbeitsmarkt und Digitalisierung. Nur so lassen sich Potenziale nutzen und Risiken eingrenzen.

Digitalisierung. Spätestens mit dem Grünbuch „Arbeiten 4.0“ steht die Digitalisierung der Arbeitswelt auf der politischen Agenda der Bundesregierung. Die Parteitage von CDU und SPD werden im Dezember – neben der zurzeit alles überragenden Flüchtlingskrise – die Herausforderungen und Folgen der digitalen (R)Evolution in den Fokus rücken. Es wurden Bündnisse und Plattformen gegründet, ein neues Arbeitsforschungsprogramm ist gestartet worden, und die Hans-Böckler-Stiftung hat eine Reformkommission einberufen. Der Digitalisierungskongress des DGB kommt also zur richtigen Zeit (s. Randspalte).

Bislang wirft die Digitalisierung vor allem viele Fragen auf. Das mag das Bedürfnis nach schnellen Antworten enttäuschen, liegt aber in der Natur der Sache. Wobei das mit der Natur so eine Sache ist. Es geht schließlich nicht nur um das Verhältnis von Arbeit und Technik. Es geht um ein neues Betriebssystem für die Arbeit von Morgen. Werden Menschen in naher Zukunft von smarten Maschinen gesteuert, dirigiert oder ersetzt? Berechnen, bestimmen und überwachen Algorithmen die Arbeit der Zukunft? Wird Arbeit über webbasierte Plattformen organisiert? Oder wird die menschliche Arbeit unterstützt und erleichtert? Das Thema Digitalisierung ist komplex, denn es durchdringt alle Arbeits-, Wirtschafts- und Lebenswelten.

„Es werden hohe Wachstums- und Humanisierungspotenziale vorausgesagt – aber auch Schwindel erregende Automatisierungsrisiken menschlicher Arbeit. Die Chancen stehen 50:50.“

Eine Richtungsentscheidung oder gar eine technologische Determination gibt es aber nicht. Es werden hohe Wachstums- und Humanisierungspotenziale vorausgesagt – aber auch Schwindel erregende Automatisierungsrisiken menschlicher Arbeit. Die Chancen stehen 50:50.

Prognosen über die Vernichtung von Millionen von Arbeitsplätzen sind mit Vorsicht zu genießen, genauso allerdings auch die Verheißung, die Digitalisierung würde im Selbstlauf zu einer Humanisierung der Arbeit führen. Viele Fragen der Mensch-Maschine-Interaktion werden – auch dank des weitsichtigen Engagements der Gewerkschaften – schon jetzt und in der nahen Zukunft erprobt und erforscht. Auch die Plattform-Arbeit haben die Gewerkschaften als Herausforderung

verstanden und erste Initiativen gestartet. Die Gig-Economy – digital vermittelte Kurzzeit-Jobs etwa als Putzfrau oder Privat-Chauffeur – wird politisch noch als Randphänomen betrachtet. Sie zeigt jedoch schon heute eine große Dynamik und hat das Potenzial, die Arbeitswelt grundlegend zu verändern.

Die politische Debatte dreht sich aktuell um die Nutzung der Vorteile der Digitalisierung für mehr Flexibilität. Hintergrund ist einerseits die Aussicht von

„Flexibilität muss politisch neu definiert werden.“

Arbeitgebern, die Effizienz zu steigern. Andererseits differenzieren sich die Interessen der Beschäftigten immer stärker aus. Es gibt offensichtlich Handlungsbedarf auf beiden Seiten. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat einen ‚neuen Flexibilitätskompromiss‘ vorgeschlagen. In den letzten Jahren bedeutete Flexibilität für Beschäftigte allerdings vor allem eine Entgrenzung der Arbeitszeit und eine Prekarisierung der Arbeit durch den Ausbau von Minijobs, Leiharbeit oder Werkverträgen. Und das ist nur ein Problem: Die Arbeitsanforderungen haben sich in den letzten Jahren deutlich verschärft: Es herrscht ein hoher Termin- und Leistungsdruck. Zwei Drittel der Beschäftigten müssen mehr Arbeit in der gleichen Zeit leisten. Dadurch erhöht sich das Risiko gesundheitlicher, insbesondere psychischer Belastungen, Fehlbeanspruchungen und Erkrankungen. Gleichzeitig wurden zuletzt eine Milliarde unbezahlte Überstunden geleistet. Ein Problem, das sich auch bei mobiler Arbeit zeigt: Im Home-Office arbeiten mehr als die Hälfte in der Freizeit, die Überstunden werden in der Regel nicht bezahlt.

Das zeigt: Flexibilität muss politisch neu definiert werden. Flexibles Arbeiten darf nicht länger Entgrenzung und Stress bedeuten und braucht deshalb klare Grenzen für die Erreichbarkeit, mehr Mitsprache bei Zielvereinbarungen und einen Rechtsrahmen, damit Beschäftigte die Arbeitszeit auch ihren jeweiligen Lebensphasen selbstbestimmter anpassen können. Ein Bedarf, die gesetzliche Arbeitszeit auszuweiten, besteht nicht. Die gesetzlich festgelegten, täglichen Höchstarbeits- und Ruhezeiten sind Grundpfeiler des Arbeits- und Gesundheitsschutzes für die Beschäftigten. Der Acht-Stunden-Tag bedeutet ja auch nicht, dass alle starr von neun bis fünf arbeiten müssen. Die tariflichen Arbeitszeitregelungen bieten bereits heute ein Höchstmaß an Flexibilität mit Schwankungsbreiten von bis zu 25 Prozent. ●



Oliver Suchy, 46, leitet seit 2014 das DGB-Projekt „Arbeit der Zukunft“.

Foto: DGB

Auf dem Schirm

DGB-Kongress. Die Digitalisierung verändert in allen Branchen Arbeits-Produktions- und Vertriebsprozesse. Selbst in Bereichen, in denen digitale Technik auf den ersten Blick keine Rolle spielt, haben schnellere Kommunikationswege massiven Einfluss auf die Arbeitsbedingungen. Mit einem Digitalisierungskongress am 3. November in Berlin will der DGB den zentralen Fragen der digitalen Revolution nachgehen. Wie können technologische Entwicklungen für soziale Innovationen genutzt werden? Wie können Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden? Welche Freiheiten gewinnen die ArbeitnehmerInnen? Wie lassen sich mehr Druck, Kontrolle und Überwachung vermeiden? Wie können Arbeitnehmerrechte gestärkt werden?

Unter dem Motto „Wir haben die Zukunft auf dem Schirm“ analysieren und diskutieren ExpertInnen aus Gewerkschaften, Wissenschaft, Politik und Verbänden die entscheidenden Themenfelder. Einleitend stellt der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann die gewerkschaftlichen Anforderungen an eine moderne Arbeitspolitik vor. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) wird die politischen Gestaltungsansätze skizzieren. In Talkrunden geht es um Arbeit 4.0 aus Sicht der Beschäftigten. ●

● IM NETZ

www.dgb.de/-/9CD

DGB-Seite zum Kongress

www.einblick.dgb.de/-/7W0

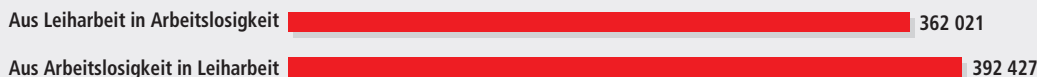
einblick-Dossier zur Digitalisierung

● DIE DGB-GRAFIK

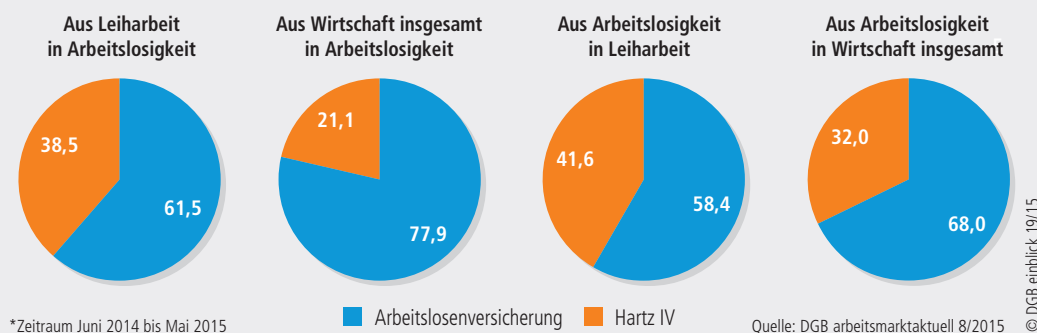
Leiharbeit ist nur selten ein Sprungbrett in ein sicheres Arbeitsverhältnis. Das zeigt eine aktuelle Analyse des DGB. Knapp die Hälfte der Jobs endet bereits nach weniger als drei Monaten. 38 Prozent der gekündigten Leiharbeitskräfte erhalten kein Arbeitslosengeld, sondern rutschen sofort in Hartz IV. Mit rund einer Million Einstellungen und Entlassungen ist die Leiharbeitsbranche bei der Personalfluktuationspitze – bei 2014 durchschnittlich gerade mal rund 860 000 Leiharbeitskräften hierzulande. | www.dgb.de/-/Ofa

Leiharbeit: Kaum Sicherheit, keine Stabilität

Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Leiharbeit*



Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung von Leiharbeitskräften sowie Beschäftigten in der gesamten Wirtschaft, Anteil von Arbeitslosenversicherung und Hartz IV (in Prozent)*



● PERSONALIEN

Jörg Hofmann, 59, ist neuer Erster Vorsitzender der IG Metall. Die Delegierten des 23. Ordentlichen Gewerkschaftstags der IG Metall wählten ihn mit 91,3 Prozent der Stimmen. Hofmann war seit 2013 Zweiter Vorsitzender der IG Metall und von 2003 bis 2013 Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg. Er folgt **Detlef Wetzels**, 63. Neue Zweite Vorsitzende ist **Christiane Benner**, 47. Sie erhielt 91,9 Prozent der Stimmen. Benner ist seit 2011 Mitglied im geschäftsführenden IG Metall-Vorstand. Zuvor war

sie als Bereichsleiterin für die Branchen ITK- und Elektroindustrie beim IG Metall-Vorstand zuständig. Alter und neuer Hauptkassierer bleibt **Jürgen Kerner**, 46, gewählt mit 98,5 Prozent. Der Gewerkschaftstag bestätigte außerdem die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der IG Metall **Wolfgang Lemb**, 53, **Irene Schulz**, 51, und **Hans-Jürgen Urban**, 54, im Amt. Neues Vorstandsmitglied ist **Ralf Kutzner**, 56. Kutzner war zuvor Erster Bevollmächtigter und Kassierer der IG Metall Bonn-Rhein-Sieg

und ist seit 2014 ehrenamtliches Mitglied im IG Metall-Vorstand.

Christian Lauschke, 38, ist seit 1. November neuer Leiter der Abteilung Organisationspolitik, Service und IT beim DGB-Bundesvorstand. Zuvor war er Referatsleiter für Organisationspolitik. Von 2011 bis 2014 leitete er die Abteilung Organisationspolitik und -entwicklung. Er folgt **Bernhard Schulz**, 54, der zur IG Metall-Hauptverwaltung nach Frankfurt am Main gewechselt ist.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Bernd Kupilas, Luis Ledesma
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de
Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork pn / ASTOV Vertriebsgesellschaft mbH
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
 HINWEIS: Anzeigeninhalte im einblick geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

● DAS STEHT AN

+++ Am 3. November ist der DGB Gastgeber des **Digitalisierungskongresses** in Berlin. Das Motto: **„Wir haben die Zukunft auf dem Schirm“**. (s. Seite 7). www.dgb.de/-/9CD

+++ Unter dem Motto **„Zu heiß zum Arbeiten?“** laden der DGB und das Projekt klimafakten.de am 5. November zu einer **Tagung** nach Berlin ein. Im Fokus stehen die Folgen des Klimawandels und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigung. ExpertInnen referieren zu verschiedenen Facetten des Themas. www.dgb.de/-/Oqj

+++ Der Deutsche Bundestag berät in der Sitzungswoche vom 3. bis zum 5. November unter anderem einen Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Gender Pay Gap unter dem Titel **„Frauen verdienen gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“** (4. 11.) sowie den Antrag der Fraktion Die Linke **„Junge Beschäftigte vor prekärer Arbeit schützen“** (5. 11.). Zudem wird eine Änderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes beraten. www.bundestag.de

+++ Ein volles Programm hat der Deutsche Bundesrat in seiner Sitzung am 6. November vor sich. Unter anderem geht es um ein **Gesetz zur Bekämpfung der Korruption**, eine **Änderung der Arbeitnehmerüberlassungserlaubnis-Kostenverordnung** und mehrere **Steuerabkommen** zum Beispiel mit Frankreich, Großbritannien und dem karibischen Inselstaat St. Kitts und Nevis. www.bundesrat.de

● SCHLUSSPUNKT

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Jean-Claude Juncker, heute EU-Kommissionspräsident, in „Der Spiegel“ vom 27. Dezember 1999

Lohnklage

Auch ohne festen Wohnsitz

ArbeitnehmerInnen müssen keinen festen Wohnsitz im Inland haben, um ihren Lohnanspruch durchzusetzen.

**Arbeitsgericht Berlin,
Urteil vom 13. August 2015 - 57 Ca 3762/15**

Weiterbildung von Ärzten

Planung ist erforderlich

Die Befristung eines Arbeitsvertrages mit einem Arzt in Weiterbildung ist nach dem einschlägigen Gesetz nur zulässig, wenn die Beschäftigung des Arztes seiner zeitlich und inhaltlich strukturierten Weiterbildung dient. Der Arbeitgeber muss bei Abschluss des befristeten Arbeitsvertrages eine Weiterbildungsplanung erstellen, die zeitlich und inhaltlich auf die konkrete Weiterbildung zugeschnitten ist.

**Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 11. September 2015 - 1 Sa 5/15**

Versorgungsehe

Vermutung kann widerlegt werden

Anträge auf Witwen- oder Witwerrente werden abgelehnt, wenn die Ehezeit nicht mindestens ein Jahr gedauert hat. In diesen Fällen vermutet das Gesetz, dass es alleiniger oder überwiegender Zweck der Heirat war, einen Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung zu begründen. Der / die Hinterbliebene hat allerdings die Möglichkeit, nachzuweisen, dass die Ehe aus anderen Beweggründen geschlossen wurde; dann ist er / sie von der Witwen- oder Witwerrente nicht ausgeschlossen.

**Bayerisches Landessozialgericht,
Urteil vom 8. Oktober 2014 - L 20 R 1141/11**

Beförderung zum Sportgymnasium

Keine Kostenübernahme

Ein Sportgymnasium ohne besonderen schulischen Schwerpunkt, dessen Aufgabe darin besteht, seinen SchülerInnen eine allgemeine Schulbildung neben einer Karriere im Hochleistungssport zu sichern, stellt keinen an den besonderen Fähigkeiten der SchülerInnen orientierten Bildungsgang dar. Daher muss das Jobcenter im Rahmen der Hartz-IV-Leistungen keine Schülerbeförderungskosten übernehmen, wenn es andere geeignete und näher gelegene Schulen gibt.

**Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 12. Mai 2015 - L 3 AS 7/15**

Russische Renten

Werden auf Sozialhilfe angerechnet

Leistungen der russischen Rentenversicherung für Teilnehmer des Großen Vaterländischen Krieges sowie für Träger des Zeichens „Überlebende der Blockade Leningrads“ (sogenannte Invalidenrente, DEMO-Leistung, Erhöhungsbetrag zur Altersrente) sind als Einkommen anzurechnen und mindern die Sozialhilfe oder schließen sie sogar aus.

**Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Beschluss vom 27. August 2015 - L 5 SO 70/15 B ER**

Fristlose Kündigung

Interessenabwägung ist erforderlich

Die außerordentliche Kündigung eines Verkaufreisenden, der sich weigert, mit einem Firmenauto zu fahren, auf dem nackte, aus Kaffeebohnen ragende Frauenbeine zu sehen sind, ist unwirksam.

Der Fall: Der Arbeitnehmer ist bei einem Kaffeevertrieb mit weniger als zehn ArbeitnehmerInnen beschäftigt. Dabei nutzt er ein Firmenauto. Der Arbeitgeber hatte sich entschieden, die Firmenfahrzeuge optisch so zu verändern, dass sie bei geschlossener Tür den Eindruck erweckten, die Tür sei aufgeschoben und nackte, aus Kaffeebohnen herausragende Frauenbeine mit halb ausgezogenen roten Pumps seien zu sehen. Außerdem wurden die grauen gegen neue rote Radkappen ausgetauscht. Der Arbeitnehmer weigerte sich, „mit einem solchen Puffauto“ Geschäfte zu tätigen. Als Reaktion wurden eine fristlose und hilfsweise eine fristgerechte Kündigung ausgesprochen. Die Klage gegen die fristlose Kündigung hatte Erfolg.

Das **Arbeitsgericht**: Die außerordentliche Kündigung ist rechtsunwirksam. Der Arbeitgeber hat grundsätzlich im Rahmen seines Direktionsrechts die Möglichkeit, einem Arbeitnehmer ein nach seinen Vorstellungen gestaltetes Fahrzeug zuzuweisen. Die fristlose Kündigung ist aber unverhältnismäßig, weil es an einer vorherigen Abmahnung fehlt. Das gilt auch im Hinblick auf die lange Betriebszugehörigkeit von fast zwanzig Jahren, in der es keine Beanstandungen gab. Die ordentliche Kündigung ist wirksam, weil das Kündigungsschutzgesetz keine Anwendung findet, da es sich um einen Kleinbetrieb handelt.

**Arbeitsgericht Mönchengladbach,
Urteil vom 14. Oktober 2015 - 2 Ca 1765/15**

Deutsche im Ausland

Nur ausnahmsweise Sozialhilfe

Wer deutsche Sozialhilfe im Ausland bezieht, ist verpflichtet, mitzuteilen, wenn die Hinderungsgründe für eine Rückkehr entfallen.

Der Fall: Die mit einem italienischen Staatsbürger verheiratete Frau lebt zusammen mit ihrem Mann in Italien. Ihr Mann war wegen einer Haftstrafe dauerhaft aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen. In Italien wurden vier gemeinsame Kinder geboren, die sowohl die deutsche als auch die italienische Staatsangehörigkeit besitzen. Nachdem der Familienvater arbeitslos geworden war, beantragten Mutter und Kinder Sozialhilfe in Deutschland. Diese wurde ihnen auch gewährt, da die Familie aufgrund des bestehenden Einreiseverbots des Vaters gehindert sei, zusammen in Deutschland zu leben. Seither bezogen Mutter und Kinder durchgängig Leistungen vom Sozialamt, der letzte Bewilligungsbescheid erging im Juli 2009. Im August 2011 erfuhr das Sozialamt dann aber, dass das Einreiseverbot des italienischen Vaters nur bis Oktober 2005 bestanden hatte. Daraufhin wurden die Sozialhilfeleistungen sofort eingestellt. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das **Landessozialgericht**: Sozialhilfe wird auch an Deutsche grundsätzlich nicht ins Ausland gezahlt. Hiervon kann nur in eng begrenzten Ausnahmefällen abgewichen werden. Ein solcher Ausnahmefall liegt hier nicht mehr vor, denn das Einreiseverbot für den Ehemann und Vater hat bereits seit Oktober 2005 nicht mehr gegolten. Die letzte im Juli 2009 erfolgte Bewilligungsentscheidung ist deshalb von Anfang an rechtswidrig gewesen.

**Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 18. März 2015 - L 2 SO 56/15**